

Räumliche Planung und politische Herrschaftsformen

Erkundungen zu Geschichte und Gegenwart der Planungsdisziplinen und des Handlungsfeldes der räumlichen Planung

Eine Veranstaltung des Instituts für Europäische Urbanistik,
Bauhaus-Universität Weimar

Am 9., 10. und 11. Dezember 2021 in Weimar, Audimax

Programm der Veranstaltung
Kurzbiografien der Referent*innen
Abstracts der Vorträge

Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Programm der Veranstaltung.....	5
Kurzbiografien der Referent*innen	9
Zusammenfassungen der Vorträge	24

Edition Broschüre:

Lenia Barth, Bauhaus-Universität Weimar

Räumliche Planung und politische Herrschaftsformen

Erkundungen zu Geschichte und Gegenwart der Planungsdisziplinen und des Handlungsfeldes der räumlichen Planung

Die Planung von Stadt und Raum geschieht in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage einer parlamentarischen Demokratie und einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Dies gilt auch für viele andere Länder. Deshalb stehen solche gesellschaftspolitischen Verhältnisse im Zentrum unserer wissenschaftlichen und fachpolitischen Praxis. Aber schon der Blick auf weitere europäische Länder macht uns darauf aufmerksam, dass solche Verhältnisse nicht selbstverständlich sind. Wenn wir einen Schritt weiter gehen und den Städtebau und die Siedlungsstrukturen in der heutigen Bundesrepublik und den meisten anderen europäischen Ländern betrachten, werden wir daran erinnert, dass in der Vergangenheit die Verbindung von parlamentarischer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft nur eine unter vielen Formen politischer Herrschaft war. Unsere Städte, Landschaften und Regionen tragen noch die Züge anderer, zuweilen ganz anderer Verhältnisse.

Bei der Ausbildung der Fachleute, die in den unterschiedlichen Feldern der räumlichen Planung und Forschung Verantwortung übernehmen werden, wird immer wieder auf die gesellschaftspolitischen Determinanten der Produktion von Städtebau, Region und Territorium verwiesen. Wie sich jene Determinanten – die ja nicht nur das innenpolitische System einschließen, sondern auch ökonomische und kulturelle, demographische, zuweilen gar militärstrategische Bedingungen, um nur einige aufzuzählen – auf die räumliche Planung niederschlagen, wird bestenfalls angedeutet. Dies mag darin eine Erklärung finden, dass die Verbindung von Gesellschaftspolitik und räumlicher Planung wenig systematisch erforscht wird.

Dabei hat die internationale *Planning Historiography* in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Neueste Publikationen betonen die geographische und kulturelle Vielfalt der räumlichen Planung, ebenso wie die Notwendigkeit, das jeweils Eigene nicht für das Selbstverständliche oder das Allgemeingültige zu halten. Der Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Planung wird allerdings meistens nur im Zusammenhang mit spektakulären Repräsentationsbauten zur tragenden Forschungsfrage. Viel öfter wird räumliche Planung nur aus sich selbst heraus erklärt. Offen bleibt dann die Prägung der Produkte von Planung – etwa Entwürfe, Planwerke und große Entwicklungsprogramme, auch städtebauliche sowie territoriale Strukturen – durch Gesellschaftspolitik. Weniger beleuchtet wird, wie diese Produkte zustande kamen, welche fachlichen und gesellschaftspolitischen Konstellationen sie hervorbrachten, wie die planerischen Fachdisziplinen dabei eingesetzt wurden, welchen Absichten räumliche Planung zu folgen oder zu gehorchen hatte, welche Folgen planerische Maßnahmen hatten. Kaum erfahren wir, inwiefern eine Eigenlogik der Fachdisziplin zum Tragen kam, wie weit sich Fachleute auf ihr Wissen und ihre Verantwortung beriefen, um zu korrigieren oder gar intellektuell und tatkräftig zu opponieren.

Erschwert wird die Suche nach dem Besonderen der Produktion von Stadt und Raum unter bestimmten politischen Herrschaftsformen freilich durch offensichtliche Synchronien und Konvergenzen der funktionalen Programme, der städtebaulichen Morphologie und der Siedlungsstrukturen, die sich teilweise mit dem Entwicklungsstadium der Industrialisierung und der internationalen Konkurrenz sowie dem lebhaften fachlichen Austausch über alle Grenzen hinweg erklären lassen. Ist es deshalb unerheblich, unter welchen gesellschaftspolitischen Bedingungen geplant wird?

Unsere Tagung verbindet explorative Neugier mit einer induktiven Kasuistik. Wir greifen auf Ergebnisse von Forschungsprojekten zurück, die die räumliche Planung unter sehr unterschiedlichen Herrschaftsformen untersucht haben. Wir befragen auch Verantwortliche für den praktischen Umgang mit den Strukturen und Objekten, die sehr diverse Herrschaftsformen hinterlassen haben. Wir gruppieren die unterschiedlichen Fallstudien nach Epochen und überlassen das Einordnen und Klassifizieren der Diskussion und nachträglicher Reflexion.

Vier Sektionen strukturieren die Tagung. Wir erkunden in einem ersten Schritt das Verhältnis zwischen der räumlichen Planung und den diktatorischen Herrschaftsformen, die sich seit den 1920er Jahren herausbildeten. Die zweite Sektion fragt nach dem Spezifischen der räumlichen Planung in den staatssozialistischen Gesellschaften, die sich im 20. Jahrhundert als Pendant zum Kapitalismus definierten und Jahrzehnte bestanden – eine von ihnen besteht noch. Die dritte Sektion setzt hier an: Der Staatssozialismus brachte städtebauliche wie territoriale Strukturen, produktive wie sozialräumliche Verteilungsmuster sowie ein raumkulturelles Verständnis hervor, die allesamt nach 1990 unter dem eleganten Namen Transformation in kapitalistische Verhältnisse zurückgeführt wurden und seitdem diverse Praxen und Diskurse räumlicher Entwicklung und räumlicher Entwicklungspolitik zeitigen. Schließlich wenden wir uns in der vierten Sektion der Art und Weise zu, wie unter den sich wandelnden Bedingungen der jeweiligen Vergangenheitspolitik Beispiele des städtebaulichen Erbes behandelt werden, die als explizite Symbole vergangener Herrschaftsformen errichtet wurden.

Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. Die ganze Veranstaltung moderieren abwechselnd Victoria Grau und Jannik Noeske.

Programm:

Donnerstag, den 09. Dezember

- 12:30 Einlass
- 13:00 – 14:30 **Buchvorstellung**
- 15:00 **Grußwort**
Barbara Schönig, Direktorin des Instituts für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar
- 15:10 **Einführung Räumliche Planung und politische Herrschaftsformen – Fragen aus einer Weimarer Perspektive**
Max Welch Guerra, Direktor des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung; Bauhaus-Universität Weimar
- 15:35 **Keynote: Städtebau und Diktatur in einer europäischen Perspektive**
Harald Bodenschatz, Center for Metropolitan Studies, TU Berlin
- 16:35 Kaffeepause

I

Raumpolitik und Herrschaft um die Mitte des 20. Jahrhunderts

- 17:00
- **Die Ökonomisierung der Macht. Raumpolitik in Mittel- und Osteuropa 1938-1945**
Richard Němec, Institut für Kunstgeschichte, Universität Bern; Amt für Denkmalpflege Kanton Thurgau
 - **Städtebau als Ausdruck der neuen Mittelschichten unter der portugiesischen Diktatur 1932-1955**
Christian v. Oppen, Center for Metropolitan Studies, TU Berlin
 - **Die Vielfalt der Funktionen des Städtebaus im frühen Franquismus 1938-1959**
Max Welch Guerra, Bauhaus-Universität Weimar
- 18:30 **Kommentar**
Victoria Grau, Bauhaus-Universität Weimar
- 18:40 **Diskussion**

Freitag, den 10. Dezember

II

Räumliche Politik im Staatssozialismus

09:30

- **ČSSR – Prague Panel Housing Estates from High Modernism to Post-modernism**
Petr Roubal, Institute of Contemporary History, Academy of Sciences of the Czech Republic, Prag
- **Träume und Räume einer Revolution – Städtebau und Architektur in Kuba seit 1959**
Manuel Cuadra, Universidad Nacional de Ingeniería, Lima

10:30 Kaffeepause

11:00 **Großer Plan und kleiner Eingriff. Altstadterneuerung und Planwirtschaft in der DDR**
Jannik Noeske, Bauhaus-Universität Weimar

11:30 **Kommentar**
Arnold Bartetzky, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Leipzig

11:40 **Diskussion**

12:10 Mittagspause

III

Postsozialistische Stadt – Räumliche Politik und die Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse

13:45

- **Changing political system and changing urbanism after socialism**
Mariusz Czepczyński, Department of Spatial Management, University of Gdańsk
- **The Reinvention of Urbanism as a Political Project – Urban Renewal in Contemporary Russia**
Daniela Zupan, Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar
- **National Capital: The Politics of Urban Heritage in Budapest After 2010**
Marcell Hajdu, Graduierten-Kolleg Identität und Erbe, Bauhaus-Universität Weimar
- **Berliner Stadtplanung. Rückblick auf 30 Jahre zusammenwachsen**
Katrin Lompscher, ehemalige Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin

15:45 Kaffeepause

- 16:15 **Kommentar**
Florian Urban, Glasgow School of Art
- 16:25 **Diskussion**
- 17:00 Pause
- 17:30 **Key note: New Tendencies in Planning History**
Carola Hein, Vice-President of International Planning History Society, Delft University of Technology

Sonnabend, den 11. Dezember

IV

Herausragende städtebauliche Symbole diktatorischer Herrschaft heute

- 9:00
- **Italiens Umgang mit dem faschistischen Erbe: eine Entwicklungsgeschichte**
Daniela Spiegel, Hochschule Anhalt, Dessau/Bauhaus-Institut
 - **Valle de los Caídos in Spanien: Bau, Nutzung und Deutung einer gigantischen Hinterlassenschaft der Franco-Diktatur, 1939-2021**
Piero Sassi, Bauhaus-Universität Weimar
 - **Nürnberg: Reichsparteitagsgelände im Wandel der europäischen Erinnerungskultur**
Florian Dierl, Leiter des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, Nürnberg
- 10:30 **Kommentar**
Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität Weimar
- 10:40 **Diskussion**
- 11:15 **Abschlussvortrag: Räumliche Planung und politische Herrschaftsformen – eine erste Bilanz**
Max Welch Guerra
- 11:45 Verabschiedung mit Snacks und Kaffee

Unsere Tagung wäre ohne einen Vorlauf an vielfältigen einschlägigen Forschungsaktivitäten an der Bauhaus-Universität Weimar nicht möglich, an denen neben dem Institut für Europäische Urbanistik auch das Bauhaus-Institut für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung beteiligt war und ist. Die wichtigsten Forschungsprojekte darunter sind:

Städtebau unter Franco und Salazar, Stadtproduktion iberischer Diktaturen im europäischen Kontext, Bauhaus-Universität Weimar und Technische Universität Berlin,

2014 - 2018; Finanzierung durch Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG

Graduiertenkolleg Identität und Erbe, Bauhaus-Universität Weimar und Technische Universität Berlin,

2016 - 2021; Finanzierung durch Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG

urbanHIST-History of European Urbanism in the 20th Century, Bauhaus-Universität Weimar BUW (Germany), Blekinge Tekniska Högskola BTH (Sweden), Universidad de Valladolid UVa (Spain) and Univerzita Pavla Jozefa Šafárika v Košiciach UPJŠ (Slovakia), 2016 to 2020; Funding: European Union's Horizon 2020 research and innovation programme, (ITN) European Joint Doctorate in the Marie Skłodowska-Curie Actions

Stadtwende. Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtverfall für die Wende in der DDR. Bauhaus-Universität Weimar, Universität Kassel, Technische Universität Kaiserslautern, IRS-Leibniz Institut für raumbezogene Raumforschung, Erkner; Technische Universität Kaiserslautern,

2019 - 2022; Finanzierung durch Bundesministerium für Bildung und Forschung

Kurzbiographien der Referent*innen

Prof. Dr. Arnold Bartetzky wurde in Zabrze, Polen, geboren. Er ist Kunsthistoriker und Architekturkritiker und leitet seit 2017 die Abteilung „Kultur und Imagination“ am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO). Seit 2016 lehrt er als Honorarprofessor am Institut für Kunstgeschichte der Universität Leipzig. Arnold Bartetzky wirkt in verschiedenen Fachgremien auf dem Gebiet der Baukultur mit, unter anderem in der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, deren Vorsitz er 2014-2019 innehatte. Er ist als Publizist u.a. für die Frankfurter Allgemeine Zeitung in den Gebieten der Architektur, Stadtplanung, Denkmalpflege und Kunst tätig.

Jüngere Buchpublikationen:

Arnold Bartetzky (Hg.)

Geschichte bauen. Architektonische Rekonstruktion und Nationenbildung vom 19. Jahrhundert bis heute

Köln–Weimar–Wien: Böhlau Verlag, 2017

Arnold Bartetzky

Die gerettete Stadt. Architektur und Stadtentwicklung in Leipzig seit 1989 – Erfolge, Risiken, Verluste

Leipzig: Lehmann Verlag, 2015

Prof. Dr. Harald Bodenschatz, wurde in München geboren. Er ist Sozialwissenschaftler und Stadtplaner. Von 1995 bis 2011 lehrte er Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin und ist heute assoziierter Professor des Center for Metropolitan Studies an der TU Berlin. 2004 bis 2009 war er Sprecher des Schinkel-Zentrums für Architektur, Stadtforschung und Denkmalpflege der TU Berlin und 2009 bis 2010 Sprecher des Transatlantischen DFG-Graduiertenkollegs (Berlin-New York) „Geschichte und Kultur der Metropolen im 20. Jahrhundert“. Er ist Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung an der Bauhaus-Universität Weimar und des Advisory Boards von urbanHist.

Von seinen zahlreichen Publikationen seien hier die vier mit KollegInnen erarbeiteten Hauptwerke zu Diktaturen besonders hervorzuheben:

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Eds.)

The Power of Past Greatness. Urban Renewal of Historic Centres in European City Centres

Berlin: DOM publishers, 2021

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Hg.)

Altstadterneuerung in Diktaturen. Ein städtebauliches Erbe Europas

Berlin: DOM publishers, 2021

Max Welch Guerra/Harald Bodenschatz (Hg.)

Städtebau als Kreuzzug Francos. Wiederaufbau und Erneuerung unter der Diktatur in Spanien 1938-1959

Berlin: DOM publishers, 2021

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Hg.)

Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums 1926-1960

Berlin: DOM publishers, 2019

Harald Bodenschatz (Hg.)

Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien

Berlin: DOM publishers, 2011

Harald Bodenschatz/Christiane Post (Hg.)

Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929-1935

Berlin: Verlagshaus Braun, 2003

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Arquitecto Manuel Cuadra, geboren in Lima, studierte Architektur an der Universidad Nacional de Ingeniería in Lima und wurde an der Technischen Universität Darmstadt promoviert. In seiner Doktorarbeit widmete er sich den historischen Grundlagen der Architektur, insbesondere des 19. und 20. Jahrhunderts in den Andenländern. Die universitäre Zusammenarbeit mit Günter Behnisch in Darmstadt führte zur Untersuchung der konstruktiven Grundlagen der architektonischen Gestaltung. Während seiner Lehrtätigkeit an der Städelschule in Frankfurt bei Enric Miralles vertiefte er sein Verständnis für zeitgenössische Strömungen in der Architektur. Von 2005 bis 2018 war Manuel Cuadra Professor für Architekturgeschichte/Geschichte der gebauten Umwelt im Fachbereich Architektur, Stadtplanung und Landschaftsarchitektur der Universität Kassel.

Für seine kritische Arbeit wurde Manuel Cuadra als Ehrenmitglied des Bundes Deutscher Architekten BDA gewählt, ebenso ist er Mitglied des Internationalen Komitees der Architekturkritiker CICA; seit 2005 ist er Mitglied des Vorstandes der CICA, seit 2008 deren Generalsekretär. Für sein Werk erhielt er 2011 den Titel des Ehrendoktors der Universidad Nacional de Ingeniería.

1991 veröffentlichte er in Lima "Arquitectura en América Latina: Perú, Bolivia, Ecuador y Chile en los siglos XIX y XX".

Neueste Publikationen zum Thema der Veranstaltung:

Manuel Cuadra
TRÄUME UND RÄUME EINER REVOLUTION
Architektur und Städtebau in Kuba 1959-2018
Kassel: University Press, 2019

Manuel Cuadra
Aspiraciones y espacios de una revolución
Arquitectura y Urbanismo en Cuba 1959-2018
Kassel: University Press, 2019

Manuel Cuadra (Ed.)
De primera mano
La Arquitectura de la Revolución Cubana 1959-2018
Entrevistas con sus Protagonistas y Cronistas
Kassel: University Press, 2019

Dr. hab. Mariusz Czepczyński, born in Malbork in Poland, is cultural geographer, professor at the Department of Spatial Management, Institute of Geography, University of Gdańsk, Poland. His research interests are focused on cultural landscapes, post-socialist cities, heritages, urban cultures, critical geographies, quality of life, and local and regional development. He studied at the universities of Gdańsk and Warsaw, additionally, attended courses at the University of Oslo (1997), Harvard School of Design (1993), and Center for Land Policy Studies and Training, Taoyuan, Taiwan (2016). In 2009 – 2011 he had been employed at the Geographical Institute of the Eberhard Karls Universität Tübingen, Germany. His activities also include consultancy and advisory to the mayor of Gdańsk, Polish Metropolitan Union, City Hall of Lodz and Thuringian Ministry for Economy, Labour and Technology. He was deputy coordinator at the RECURSE Research and Education Centre for Urban Socio- Economic Development – Centre of Excellency within the 5th Framework Programme. Prof. Czepczyński coordinates, together with Greater London and Belgian Roeselare, Energy Transition Partnership in the Urban Agenda for the EU project (2017-2019). He belongs to the Advisory Board of UrbanHIST. He was a member of Investigating Cultural Sustainability COST Action Programme and the Metropolitan Working Group of the Polish Academy of Sciences.

His major publications include:

Mariusz Czepczyński/ S. Hristova (Eds.)
Public Space. Between Reimagination and Occupation
London: Routledge, 2018

Mariusz Czepczyński
The City during the Times of Transformation: Experiencing 20 Years of Self-Governance in Gdansk

in Polish, ed. Poznań, 2011

Mariusz Czepczyński

Cultural Landscape of Post-Socialist Cities. Representation of Powers and Needs

Farnham: Ashgate, 2008

Mariusz Czepczyński

Spaces of the post-socialist cities. Social transformations of urban areas

in Polish, ed. Poznań, 2006

Mariusz Czepczyński/ I. Sagan (Eds.)

Featuring the Quality of Urban Life in Contemporary Cities of Eastern and Western Europe

Gdańsk: Bogucki, 2004

Florian Dierl, geboren in Selb (Oberfranken), ist Historiker und leitet seit 2014 das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände sowie die Abteilung Erinnerungskultur der Museen der Stadt Nürnberg. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter u.a. an der Freien Universität Berlin, an der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin und am Hamburger Institut für Sozialforschung tätig.

Schwerpunkte seiner Aufgaben liegen in der historisch-politischen Bildungsarbeit am Erinnerungsort „Ehemaliges Reichsparteitagsgelände“ und in der Entwicklung von Ausstellungen zur Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus.

Jüngere Publikationen:

Florian Dierl

Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen als Akteure der Vergangenheitsaufarbeitung,

In: Magnus Brechtken (Hg.) Handbuch der Vergangenheitsaufarbeitung.

Göttingen: Wallstein Verlag 2021

Florian Dierl/Hanne Leßau

»Ein Bild des Grauens und Schreckens«. Eine andere Geschichte des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg

In: Gedenkstättenrundbrief Nr. 194, 6/2019

Victoria Grau, geboren und aufgewachsen in Frankfurt am Main, hat 2021 an der Bauhaus-Universität Weimar den Urbanistik-Bachelor abgeschlossen und studiert dort nun den M.Sc.-Urbanistik. Sie ist studentische Mitarbeiterin an der Professur Raumplanung

und Raumforschung, Fakultät Architektur und Urbanistik und bereitet als Assistant Editor die Publikation *European Planning History in the 20th Century* (London/New York, Routledge, vorauss. Frühjahr 2022) vor.

Marcell Hajdu, geboren und aufgewachsen in Budapest, ist Stadtforscher und schreibt derzeit im DFG-Graduiertenkolleg „Identität und Erbe“ an seiner Dissertation zur Rolle des städtischen Erbes in populistischen Identitätskonstruktionen am Beispiel von Ungarn.

Er hat in seinem Bachelor Verkehrsingenieurwesen an der Technischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Universität Budapest und an der Technischen Universität in Braunschweig studiert und dann seinen Master in Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar abgeschlossen.

Mit der Tagung im Zusammenhang stehende Publikation:

Marcell Hajdu

Liget Budapest: Spectacle, Architecture, and Right-Wing Populism.

New York: in: *Avery Review*, das Architekturjournal der GSAPP an der Columbia University, 2019

Prof. Dr.-Ing. Carola Hein is Professor and Head, History of Architecture and Urban Planning Chair at Delft University of Technology. She has published widely in the field of architectural, urban and planning history and has tied historical analysis to contemporary development. Among other major grants, she received a Guggenheim Fellowship to pursue research on The Global Architecture of Oil and an Alexander von Humboldt fellowship to investigate large-scale urban transformation in Hamburg in international context between 1842 and 2008, and a Volkswagen Foundation grant for a mixed method digital humanities project ArchMediaL. Her current research interests include the transmission of architectural and urban ideas, focusing specifically on port cities and the global architecture of oil. She has curated *Oildam: Rotterdam in the oil era 1862-2016* at Museum Rotterdam. She serves as Vice President of the International Planning History Society and as President of the Global Urban History Project. She is IPHS Editor for *Planning Perspectives* and as Asia book review editor for *Journal of Urban History*.

Her books include:

Carola Hein (Ed.)

Adaptive Strategies for Water Heritage

Technical University Delft, 2020

Carola Hein

The Routledge Planning History Handbook

London – New York: Routledge, 2018

Uzō Nishiyama/Carola Hein (Eds.)

Reflections on Urban, Regional and National Space

London – New York: Routledge, 2017

Carola Hein (conference convener)

History, Urbanism, Resilience, Proceedings of the 2016 IPHS conference

London – New York: Routledge, 2016

Carola Hein

Port Cities: Dynamic Landscapes and Global Networks

London – New York: Routledge, 2011

Carola Hein/Pierre Laconte (Eds.)

Brussels: Perspectives on a European Capital

Brussels: Aliter, 2007

Carola Hein (Ed.)

European Brussels. Whose capital? Whose city?

Brussels: Aliter, 2006

Carola Hein/Philipp Pelletier (Eds.)

Cities, Autonomy and Decentralisation in Japan.

London – New York: Routledge, 2006

Carola Hein

The Capital of Europe. Architecture and Urban Planning for the European Union Westwood: Praeger, 2004

Carola Hein; Jeffry M Diefendorf; Yorifusa Ishida (Eds.)

Rebuilding Urban Japan after 1945

New York Palgrave Macmillan, 2003

Helmut Geisert; Doris Haneberg und Carola Hein

Hauptstadt Berlin 1957-58

Berlin: Gebr. Mann, 1991

Katrin Lompscher war von 2016 bis 2020 Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen. Zuvor war die gebürtige Berlinerin Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion sowie deren Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. In den Jahren 2006 bis 2011 bekleidete

sie schon einmal das Amt der Senatorin - damals für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Katrin Lompschers politischer Werdegang begann im Jahr 2001 als Stadträtin für Stadtentwicklung im Berliner Bezirk Lichtenberg.

Nach ihrer Berufsausbildung mit Abitur zur Baufacharbeiterin hatte Katrin Lompscher 1981 ihr Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar aufgenommen, das sie 1986 als Diplomingenieurin für Städtebau abschloss. In den folgenden zehn Jahren arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bauakademie der DDR, seit 1990 Deutsche Bauakademie Berlin. 1996 wechselte sie in die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, wo sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war.

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier wurde in Zürich geboren. Er ist Kunsthistoriker und Denkmalpfleger und seit 2008 Professor für Denkmalpflege und Baugeschichte an der Bauhaus-Universität Weimar, nachdem er zuvor eine Professur für Denkmalkunde und angewandte Bauforschung an der TU Dresden innehatte. Er ist der Weimarer Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Identität & Erbe“ und Mitglied zahlreicher Fachgremien (u.a. wissenschaftlicher Kommission der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, wissenschaftlicher Beirat der Klassik-Stiftung Weimar, Gestaltungsbeirat der Stadt Baden-Baden). Von 2008–2018 war er Vorsitzender des Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V. Er forscht zur Theorie und Geschichte der Denkmalpflege und zur Architektur des Mittelalters und der Moderne. Er ist Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung Weimar.

Jüngste Buchpublikationen:

Hans-Rudolf Meier

Spolien. Phänomene der Wiederverwendung in der Architektur.

Berlin: Jovis, 2020

mit Dorothea Schwinn Schürmann et al.

Das Basler Münster. Die Kunstdenkmäler des Kantons Basel-Stadt X.

Bern: Gesellschaft für Schweizer Kunstgeschichte, 2019

PD Dr. PhDr. Richard Němec, geboren in Pilgrims (CZ), wurde im Fach Kunstgeschichte an der Albert-Ludwig-Universität Freiburg i. Br. als DAAD-Stipendiat promoviert. Gegenwärtig ist er als Privatdozent an der Universität Bern, Institut für Kunstgeschichte, Abteilung Architekturge-schichte und Denkmalpflege tätig. Weiterhin leitet er die Inventarisierung des Amtes für Denkmalpflege im Kanton Thurgau. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege in München und von 2004–2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunstgeschichte der Akademie der Wissenschaften in Prag. Er habilitierte sich 2019 im Fach Kunstgeschichte an

der Universität Bern. Seine Habilitationsschrift wurde kürzlich veröffentlicht:

Richard Němec

Ökonomisierung des Raums. Planen und Bauen in Mittel- und Osteuropa unter den Nationalsozialisten

1938 bis 1945

Berlin: DOM publishers, 2020

Jannik Noeske, geboren im Schwarzwald, studierte Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar und an der Università IUAV di Venezia (Italien). In seiner Abschlussarbeit beschäftigte er sich mit dem Städtebau von Universitäten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa. Seit Januar 2019 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im BMBF-geförderten Verbundprojekt Stadtwende an der Bauhaus-Universität Weimar und untersucht in diesem Rahmen die Ursachen des Altstadtverfalls in der DDR. Er ist Teil der Mittelbauvertretung des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben der Städtebaugeschichte des 20. Jahrhunderts Themen der Erinnerung und Geschichtspolitik im Stadtraum sowie die Konstruktion von Altstadtbildern.

Seine jüngsten Artikel und Vorträge behandeln neben dem Städtebau der Universität Frankfurt am Main zwischen 1914 und 1945 die Historiografie des Bauhaus anhand des Städtebaus und anhand der Weimarer Bauhaus-Universität sowie die Rolle der Generalbebauungsplanung für die Stadterneuerung in der DDR.

Dr. Christian von Oppen, wurde in Hannover geboren. Seit 1999 arbeitet er als Architekt. Von 2007 bis 2014 lehrte er im Rahmen seiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für Entwerfen und Städtebau an der Bauhaus-Universität in Weimar. Von 2014 bis 2018 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Metropolitan Studies der TU Berlin. Er ist Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung. Seit 2018 ist er für die Entwicklung des Stadtquartiers am Tacheles in Berlin tätig.

2019 promovierte er mit dem Thema „Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung der beiden Großstädte Lissabon und Porto“ an der Bauhaus-Universität in Weimar.

Neueste Publikationen:

Harald Bodenschatz; Aljoscha Hofman und Christian von Oppen

Staat baut Stadt. 100 Jahre Hauptstadt (Groß-) Berlin (1920-2020). 150 Jahre Hauptstadt Deutschlands (1871-2021)

Berlin: Wasmuth & Zohlen, 2020

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Hg.)
Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums 1926-1960
Berlin: DOM publishers, 2019

Petr Roubal, Ph.D., born in Prague, studied history and social anthropology at the CEU in Budapest and at Cambridge University. His dissertation dealt with the political symbolism of mass gymnastic performances (Spartakiads). A monograph on the subject published in Czech won a major literary price (Magnesia Litera). The English translation was published in 2019 under the title *Spartakiads: Politics of physical culture in communist Czechoslovakia*. Since 2008 he is researcher at the Institute of Contemporary History in Prague, where he dealt with topics of politics of memory and origins of post-communist neo-liberalism. Currently he is heading the Working Group on Urban History at the institute, working mostly on history of post-war Prague, in particular the city planning and socialist as well as post-socialist urbanism.

Recent publications:

Petr Roubal
The Battle of Žižkov: Urban Planners' Transition from Heritage Protection to Neoliberal Discursive Planning. Journal of Urban History
e-version March 14, 2020

Petr Roubal
Spartakiads. The Politics of Physical Culture in Communist Czechoslovakia.
Prague, Karolinum 2019

Petr Roubal
The Crisis of Modern Urbanism under the Socialist Rule: Case Study of the Prague Urban Planning between the 1960s and 1980s.
Czech Journal of Contemporary History VI / 2018, pp. 100-124.

Piero Sassi ist ein in der Emilia-Romagna geborener und in Europa ausgebildeter Stadtforscher. Er studierte Urbanistik und Architektur in Ferrara (Italien) und Kopenhagen (Dänemark). Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Städtebaugeschichte des 20. Jahrhunderts. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur Raumplanung und Raumforschung der Bauhaus-Universität Weimar und Mittelbau-Vertreter am Bauhaus-Institut für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung. Seit 2013 ist er Gründungsmitglied und Koordinator des Netzwerkes UEDXX (Urbanism of European Dictatorships during the XXth Century Scientific Network), seit 2018 Mitglied des wis-

senschaftlichen Beirats des Osservatorio Geopolitico sulle Città di Fondazione (Sabaudia, Italien). Er promoviert über die Städtebaupolitik der Franco-Diktatur für die Hauptstadt Madrid während der Autarkiezeit (1939-1959).

Seine neuesten Publikationen befassen sich mit dem Städtebau der europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Max Welch Guerra/Harald Bodenschatz (Hg.). Piero Sassi (Hauptautor). Mit Beiträgen von Uwe Altrock, Harald Bodenschatz, Jean-François Lejeune und Max Welch Guerra

Städtebau als Kreuzzug Francos. Wiederaufbau und Erneuerung unter der Diktatur in Spanien 1938-1959

Berlin: DOM publishers, 2021

Piero Sassi

A New Master Plan for the "Gran Madrid Capital de España" after the Civil War

In: Carola Hein (Hg.) Tagungsband der 17. IPHS-Konferenz in Delft (Band IV, S. 357-367), 2016

Harald Bodenschatz, Piero Sassi und Max Welch Guerra (Hg.)

Urbanism and dictatorship – A European Perspective

Bauwelt Fundamente, 2015

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schönig wurde in Neustadt an der Weinstraße geboren. Sie hat Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaft an der Humboldt-Universität, TU Berlin und Ohio State University, Columbus Ohio sowie Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin studiert. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie an der TU Berlin und TU Darmstadt tätig, ehe sie 2012 Professorin für Stadtplanung an der Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar wurde. Seit 2013 ist sie Direktorin des Instituts für Europäische Urbanistik.

Prof. Dr. Daniela Spiegel, geboren in Berlin, Architekturhistorikerin mit den Forschungsschwerpunkten auf Denkmalpflege sowie Architektur- und Städtebaugeschichte des 20. Jahrhunderts, ist seit 2019 Professorin für Baugeschichte und Denkmalpflege an der Hochschule Anhalt in Dessau und Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung. 2008 promovierte sie an der TU Berlin mit ihrer Arbeit „Città Nuove des Agro Pontino im Rahmen der faschistischen Staatsarchitektur“. 2019 habilitierte sie sich mit ihrer Arbeit „Urlaubs(t)räume des Sozialismus. Zur Geschichte der Ferienarchitektur in der DDR“.

Als Mitautorin veröffentlichte sie 2011 die Publikation „Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien“. Bis 2019 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Denkmalpflege und Baugeschichte an der Bauhaus-Universität Weimar, wo sie unter anderem als Mittragstellerin des DFG-Graduiertenkollegs „Identität und Erbe“ mitwirkte. Sie engagiert sich ebenfalls als Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung an der Bauhaus-Universität Weimar.

Neueste Publikationen:

Daniela Spiegel

Urlaubs(t)räume des Sozialismus. Zur Geschichte der Ferienarchitektur der DDR

Habilitationsschrift, Berlin: Wasmuth & Zohlen Verlag, 2020

Hans-Rudolf Meier, Mark Escherich, Jens Nehring, Simon Scheithauer und Daniela Spiegel (Hg.)

Zwischen Utopie und Realität: Planungen zur sozialistischen Umgestaltung der Thüringer Städte Weimar, Erfurt, Suhl und Oberhof.

Weimar: Band in der Reihe: Forschungen zum baukulturellen Erbe der DDR. 2018, S. 189-242

Hans-Rudolf Meier/Daniela Spiegel (Hg.)

Kulturreformer. Rassenideologe. Hochschuldirektor. Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg

Heidelberg: Tagungsband, 2018

Prof. Dr. Florian Urban, geboren in München, ist Professor für Architekturgeschichte und Head of Architectural History and Urban Studies an der Glasgow School of Art. Er hat einen Abschluss in Bildender Kunst von der Universität der Künste in Berlin, einen Master of Arts in Urban Planning von der University of California, Los Angeles (UCLA) und einen PhD in Geschichte und Theorie vom Massachusetts Institute of Technology (MIT). 2018 war er Gastwissenschaftler am Deutschen Historischen Institut in Warschau.

Seine wichtigsten Publikationen sind:

Florian Urban

Postmodern Architecture in Socialist Poland - Transformation, Symbolic Form and National Identity

London – New York: Routledge, 2021

Florian Urban

The New Tenement – Architecture in the Inner City since 1970

London – New York: Routledge, 2018

Florian Urban

Tower and Slab – Histories of Global Mass Housing

London – New York: Routledge, 2012

Florian Urban

Neo-historical East Berlin – Architecture and Urban Design in the German Democratic Republic 1970-1990

Farnham: Ashgate, 2009

Prof. Dr. Max Welch Guerra, aus Valparaíso, Chile, leitet seit 2003 den Lehrstuhl Raumplanung und Raumforschung, seit 2008 den B.Sc. Urbanistik und seit 2010 den M.Sc. Urbanistik an der heutigen Fakultät Architektur und Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar. Er war der Leiter des Marie-Curie-Projekts urbanHIST-History of European Urbanism in the 20th Century. Seit 2013 ist er Direktor des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung, seit 2019 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates für den Erinnerungsort ehemaliges Reichsparteitagsgelände, Nürnberg.

Mit Harald Bodenschatz zusammen leitete er das DFG-Forschungsprojekt Städtebau unter Franco und Salazar, Stadtproduktion iberischer Diktaturen im europäischen Kontext; er ist Mitglied des DFG-Grakos Identität und Erbe sowie Leiter der Weimarer Sektion des BMBF-Projekts Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtverfall für die Wende in der DDR.

Einige seiner einschlägigen Veröffentlichungen:

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Eds.)

The Power of Past Greatness. Urban Renewal of Historic Centres in European City Centres

Berlin: DOM publishers, 2021

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Hg.)

Altstadterneuerung in Diktaturen. Ein städtebauliches Erbe Europas

Berlin: DOM publishers, 2021

Max Welch Guerra/Harald Bodenschatz (Hg.)

Städtebau als Kreuzzug Francos. Wiederaufbau und Erneuerung unter der Diktatur in Spanien 1938-1959

Berlin: DOM publishers, 2021

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Hg.)

Städtebau unter Salazar.

Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums (1926-1960)

Berlin: DOM publishers, 2019

Harald Bodenschatz, Piero Sassi, Max Welch Guerra (Hg.)
Urbanism and Dictatorship. A European Perspective
Bauwelt Fundamente. Zürich: Birkhäuser, 2015

Harald Bodenschatz/Max Welch Guerra (Hg.)
Städtebau und Diktatur in Europa: Sowjetunion, Italien, Deutschland, Portugal, Spanien.
Schwerpunktheft Forum Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung. 41. Jahrgang 1/2014.

Christoph Bernhardt/Thomas Flierl und Max Welch Guerra (Hg.)
Verborgene Reformdiskurse. Städtebaudebatten in der DDR
Berlin: Theater der Zeit, 2012

Max Welch Guerra (Ed.)
Buenos Aires a la deriva. Transformaciones urbanas recientes
Walter-Gropius-Lehrstuhl (DAAD FADU UBA) Ed. Biblos Buenos Aires, 2005
Max Welch Guerra
Hauptstadt Einig Vaterland. Planung und Politik zwischen Bonn und Berlin
Berlin: Verlag Bauwesen, 1999

Jun.-Prof. Dr.-Ing. Mag. phil. Daniela Zupan wurde in Graz, Österreich geboren. Sie ist Stadtforscherin, Architektin und Slawistin und seit 2019 Juniorprofessorin für European Cities and Urban Heritage an der Bauhaus-Universität Weimar. Sie ist Mitglied des Instituts für Europäische Urbanistik und Direktoriums-Mitglied des Internationalen Heritage-Zentrums der Bauhaus-Universität Weimar.

Sie forscht und publiziert unter anderem zu Prozessen der Stadtentwicklung in zeitgenössischen, (semi-)autoritären Regimen. Gemeinsam mit Mirjam Büdenbender hat sie in den letzten Jahren mehrere Zeitschriften- und Buchbeiträge zur Rolle von Urbanismus im heutigen Russland veröffentlicht (z.B. in Forum Stadt 2020, Planung neu denken 2018, Antipode 2017). Ein gemeinsam mit Vera Smirnova herausgegebenes russisch-/englischsprachiges Themenheft, das sich kritisch mit aktuellen Zentralisierungs- und Peripherialisierungsprozessen in Russlands Stadtentwicklung auseinandersetzt, ist unlängst erschienen (in Urban Studies and Practices / Gorodskie issledovanija i praktiki).

Neueste Publikationen zum Thema der Veranstaltung:

Daniela Zupan; Vera Smirnova; Amanda Zadorian
Governing through *stolichnaya praktika*: Housing Renovation from Moscow to the Regions
Geoforum 120/2021, 155-164

Daniela Zupan; Mirijam Büdenbender

"Modell Moskau" - Entstehung, Entwicklung und Expansion

Schwerpunktheft Forum Stadt. Vierteljahrszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung 01/2020, 323-342

Vera Smirnova; Daniela Zupan

Doppel-Themenheft ,Город между центром и периферией I / The City Between Center and Periphery I' und ,Город между центром и периферией II / The City Between Center and Periphery II'

Urban Studies and Practices / Городские исследования и практики 02 und 03/2019

Die Veranstaltung erfolgt In Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Zusammenfassungen der Vorträge

Richard Němec, Institut für Kunstgeschichte, Universität Bern; Amt für Denkmalpflege
Kanton Thurgau

Die Ökonomisierung der Macht. Raumpolitik in Mittel- und Osteuropa 1938-1945

Der Glaube an den „neuen deutschen Lebensraum“ erfuhr unter den Nationalsozialisten eine besondere Ausprägung. Die Mittel waren vielfältig, die Bandbreite der Kolonisation im Umfeld von Machtausbau, Krieg und Besatzung erstreckte sich von den ideologischen Prämissen bis hin zu ökonomischen Belangen. Städtebau, Architektur und Raumplanung hatten hierbei eine Schlüsselfunktion übernommen. Der Vortrag exemplifiziert dies anhand ausgewählter Zentralorte in den vom nationalsozialistischen Deutschland okkupierten oder annektierten Territorien in Mittel- und Osteuropa. Im Sinne einer Grundlagenforschung verfolgt sie einen diskursanalytischen Zugang zu den Raumtheorien. Städtebau und Architektur werden vor den Koordinaten der mehrschichtigen architekturgeschichtlichen Zusammenhänge, ihrer Nachhaltigkeit und ihren Kontinuitäten sowie den damit verbundenen Theorie- und Ideologiebildungen untersucht. Näher betrachtet werden aber auch die personalen Netzwerke, da sie über zentrale Momente Aufschluss geben: Entwurf und Bau lagen oft nicht allein in den Händen „reichsdeutscher“ Planer, beteiligt waren immer wieder auch einheimische Fachkräfte. Dies erlaubt es der wissenschaftlichen Beurteilung, jenseits der Dichotomie des Vorwurfs niederträchtiger Kollaboration und eines exkulpatorischen Verständnisses eine sozioökonomisch motivierte Kollaboration in ihrem Kontext darzustellen.

Christian von Oppen

Center for Metropolitan Studies, TU Berlin

Städtebau als Ausdruck der neuen Mittelschichten unter der portugiesischen Diktatur 1932-1955

Die portugiesische Diktatur unter Salazar wird bis heute in der Städtebaugeschichtsschreibung wenig beachtet. Sie gilt oft als rückwärtsgewandt, modernisierungsfeindlich, als Hort der Stagnation. Ein Bild, das dem überlieferten Städtebau nicht gerecht wird.

Anfang der 1930er Jahre startete die Salazar-Diktatur eine Verwaltungsreform, in deren Folge die kommunale Selbstverwaltung ausgeschaltet und die Entscheidungsbefugnis in Lissabon zentriert wurde. 1935 wurde ein 15-Jahres-Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft beschlossen. Dringend benötigte Projekte zur Verkehrserschließung wie Häfen, Flughäfen, Eisenbahninfrastruktur und Autobahnen, aber auch zur Strom- und Wasserversorgung wurden realisiert. Parallel wurde das Bildungs-, Bank-, Gesundheits- und Postwesen ausgebaut.

Das Infrastrukturprojekt der Diktatur war ein gewaltiges Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auch die Herausbildung neuer Mittelschichten förderte. Es erstreckte sich zudem auf den staatlich geförderten Wohnungsbau sowie auf den Ausbau der Zentren. In beiden Fällen waren die neuen Mittelschichten die größten Nutznießer. Das gilt auch für den staatlich verregelten privaten Wohnungsbau vor allem in Lissabon. Mit dem staatlich gesteuerten Stadtumbau begann ein umfangreicher Verdrängungsprozess von unteren Einkommenschichten aus innerstädtischen Quartieren, für die weitab vom Stadtrand hinter den Stadterweiterungsgebieten neue Schlichtsiedlungen gebaut wurden.

Die Infrastrukturprojekte standen für den Aufbruch in ein neues Zeitalter. Das gilt für die Ingenieurbauwerke wie für die Universitätsstädte. Die Bauten waren ein Werk der neuen Wissenschaftselite, sie dienten auch der Huldigung dieser sozialen Gruppe – eines zentralen Bestandteils der neuen Mittelschichten. Der Ingenieur war der neue Held der Gegenwart, der mit seinem Können das portugiesische „Imperium“ zu neuer Größe verhelfen sollte. Verkörpert wurde dieser Held durch den führenden Ingenieur der Diktatur, den einflussreichsten Städtebauer, den bis heute in Portugal allseits verehrten Duarte Pacheco, Minister für Öffentliche Arbeiten unter Salazar.

Max Welch Guerra

Bauhaus-Universität Weimar

Die Vielfalt der Funktionen des Städtebaus im frühen Franquismus 1938-1959

Die räumliche Planung und die städtebauliche Gestaltung des Franquismus wurden jahrzehntelang von der internationalen Forschung ignoriert, auch nachdem die Isolierung Spaniens ab den 1960er Jahren wegfiel. Was war schon von einer Diktatur zu erwarten, die bis Ende der 1950er den Städtebau in den Händen der Falange beließ, einer Massenorganisation, die der SA nicht unähnlich war?

Der nähere Blick auf drei kleinere Städte gibt Aufschluss über ein überraschendes Kapitel spanischen Städtebaus europäischer Bedeutung. Die Putschisten um General Franco begannen 1936 einen grausamen Bürgerkrieg gegen die Republik, den sie 1939 gewannen – aber schon ab 1938 haben sie den Städtebau zu einer Säule des „Neuen Staates“ erhoben, zu einem tragenden Element ihrer Herrschaft. Eines der wichtigsten Handlungsfelder der Planung war der Wiederaufbau von kriegszerstörten Klein- und Mittelstädten. Gemessen an den Nöten der Nachkriegszeit waren die administrativen und finanziellen, die fachlichen wie die propagandistischen Ressourcen, die diesen Vorhaben in der Provinz gewidmet wurden, üppig.

Die Falange hat den Städtebauern einen beträchtlichen gestalterischen Freiraum gewährt. Die sehr unterschiedlichen Lösungen kombinieren die Fortschritte des zeitgenössischen Städtebaus mit einem zuweilen einfallsreichen, aber immer reaktionären ideologischen Programm. Deren Wirkung hat sich im Laufe der Zeit stark verändert, für die Diktatur wie für die jeweilige Bevölkerung. Ob in der von deutschen und italienischen Fliegern zerstörten mythischen Stadt des Baskenlands, Gernika, oder in den Orten heroischer Kriegsnarrative Brunete und Belchite – die Materialität des Städtebaus im Auftrag der Falange dominiert dort heute noch. Die jeweilige Stadtgesellschaft, freilich, geht heute sehr unterschiedlich damit um.

Petr Roubal

Institute of Contemporary History, Academy of Sciences of the Czech Republic, Prag

ČSSR – Prague Panel Housing Estates from High Modernism to Post-modernism

The Khrushchev's speech on architecture in 1954, which effectively ended the Socialist Realism in Czechoslovakia, gave a great encouragement to the visions of the interwar architectural avant-garde of transforming urban planning into social planning. However, it soon became evident that the power the urban planners and architects acquired over urban planning did not reach far enough to enable them to influence the actual form of the housing estates and other, primarily traffic, infrastructure projects. The troubling examples of the first completed housing estates gave further impetus to the existing concerns over the validity of the modernist principles in urban planning, which had been infiltrating Czechoslovakia from the West since the mid-1960s. In the 1970s, these concerns were joined by several external pressures that made the realization of the modernist panel estates highly problematic: energy crisis, land protection legislation and re-evaluation of heritage protection of the Belle Époque city quarters.

The response of the urban planners and architects during the so-called consolidation period (post 1968 era) was to imitate "city-like" forms, such as traditional streets and small squares in panel-housing estates. Though these plans resulted in interesting early post-modern realizations, no fundamental change in the construction of housing estates was achieved. Having the responsibility for urban planning, but being unable to influence the final shape of the city eventually led to a sense of frustration among the urbanists. After exhausting different subversive tactics, they often crossed the narrow professional boundaries and addressed the broader public. By turning a professional debate into a political debate, the urbanists contributed to the delegitimization of state-social governance at the end of the 1980s. However, this also weakened their own professional position and their influence on the post-November development of the city.

Manuel Cuadra

Universidad Nacional de Ingeniería, Lima

Träume und Räume einer Revolution – Städtebau und Architektur in Kuba 1959-2019

Die vorliegende architektur- und städtebaugeschichtliche Darstellung richtet sich nach den lokalen, speziell kubanischen historischen Fragestellungen und Entwicklungen – wie auch die folgende Periodisierung, wird sie sozusagen von innen heraus konzipiert:

Inbesitznahme: die Architektur der Rebellion – die Stunde null

Der sehr auch baulich bewusst und medienwirksam inszenierte Akt der Inbesitznahme des Landes kennzeichnet die ersten Tage, Wochen und Monate der kubanischen Revolution. Die entfesselten Potenziale der technischen Intelligenz – die "heroischen" 1960er Jahre. Das erste Jahrzehnt war geprägt von Idealismus und einem Glauben an eine Modernität, die Abhängigkeiten und prekäre Lebensverhältnisse hinter sich lassen sollte. Im Zuge dessen wurde über die Grenzen der Städte hinaus investiert; in ganz Kuba entstanden etwa landwirtschaftliche Siedlungen, die ein anderes, insgesamt besseres Leben ermöglichen sollten.

Industrialisierung – die Ästhetik der Serie der 1970er Jahre

Wirtschaftlich mit der Blockade durch die USA konfrontiert, kam der Beziehungen zur Sowjetunion eine wichtige Rolle zu. Das zu entwerfende Bild eines neuen Menschen stand nun unter dem Vorzeichen der Industrialisierung. Landesweit entstanden Systembauten: es war die große Zeit der Vorfertigung.

Die neue Mitte – die Architektur der sozialistischen Stadt der 1980er Jahre

In den 1980er Jahren wurden neue städtebauliche Anlagen in Form der Plazas de la Revolución konzipiert, aber nicht in Gänze realisiert. Mittels der baulich ausgeführten Teile lässt sich dennoch das Konzept einer neuen Mitte für die neue sozialistische Stadt erkennen.

Strategien des período especial – die Ästhetik des Überlebens seit den 1990er Jahren

Ab 1990 entfiel die Unterstützung der RGW-Staaten: Kuba versucht seitdem, die mit den Bedingungen der globalen Märkte für die Länder der Dritten Welt verbundenen Asymmetrien durch joint ventures etwa mit internationalen Hotelketten zu neutralisieren. Parallel dazu besteht ein gesellschaftlicher Alltag, nun geprägt durch die Grenzen staatlicher Versorgungsmöglichkeiten und durch das Bemühen, die Errungenschaften des Sozialismus zu erhalten. Wie dieser Spagat im Alltag versucht wurde, illustriert La Habana, wo systematisch in die Stadterneuerung mit dem Ziel investiert wurde, Habana Vieja als globale Destination des urbanen Kulturtourismus zu positionieren und zugleich als lebendige soziale Stadt zu erhalten.

Jannik Noeske

Bauhaus-Universität Weimar

Großer Plan und kleiner Eingriff. Altstadterneuerung und Ökonomie in der DDR.

Wie kam es dazu, dass der Verfall der Altstädte 1989 als Symbol des Scheiterns der DDR, manchmal des Sozialismus insgesamt gedeutet wurde? Welche Rolle spielten die Volkswirtschaftsplanung in Verbindung mit den Generalbebauungsplänen als gesamtstädtische Entwicklungsplanungen für die Städte? Das enge Korsett der Ressourcenzuweisung und der Planbilanzen beeinflusste den Städtebau in allen Städten und in allen Phasen der ehemaligen DDR: Den Wiederaufbau in den 1950er Jahren, die Planung für die Stadtzentren in den 1960ern und nicht zuletzt den Wohnungsbau ab 1973. Auch der Umgang mit Altstädten war maßgeblich von der zentralstaatlichen Ressourcenzuweisung sowie von der Eigentumsstruktur der Wohnbausubstanz abhängig.

Der Beitrag beleuchtet die Stellung der Volkswirtschaftsplanung für die Altstadterneuerung in der DDR zwischen 1980 und 1990. Dabei wird in den Blick genommen, wie besonders die Ergebnisse quantitativer Wissensproduktion für die erhaltende und erneuernde Stadtentwicklungsplanung herangezogen wurden. Für die späten 1980er Jahre gilt es, den Altstadtverfall nicht nur als Krisensymptom zu beschreiben, sondern auch zeitgenössische Krisendiagnosen zu analysieren. Welche bauökonomischen Reformvorschläge wurden wiederum in den Umbruchjahren 1989 und 1990 verhandelt? Schließlich blicken wir auf die Zukunftsvorstellungen einer Zeit nach 1990, die nie eingetreten ist.

Mein Blick berührt stellenweise die Stadtentwicklung Stralsunds, eine mittlere Stadt mit schon damals geschütztem Stadtensemble im wirtschaftlich hervorgehobenen Ostsee-Bereich Rostock.

Mariusz Czepczyński
University of Gdańsk

Changing political system and changing urbanism after socialism

Urbanism, understood as both the way of life characteristic of cities and the development and planning of cities / towns, reflect two major characters of urbanity. The urban milieu, in both architectural and social dimensions undergoes constant transformations, while the urban space is being socially and technically formed. This social production of urbanity, paraphrasing the Lefebvorean term, is a complex public construction, based on values, and the social production of meanings. It affects spatial practices, perceptions, policies, and results in changing forms and structures. The process is focused on the contradictory, conflictual, and, ultimately, emphasises political character of the processes of urbanity. The facilitation of urban space and urban lifestyle serve as a tool of thoughts and of action in addition to being a means of production it is also a means of control, and hence of domination, of power. Social production of urbanism is fundamental to the reproduction of society and is commanded by a hegemonic class as a tool to reproduce its dominance (Gramsci). The political (re)production of urbanism is always most clearly visible in the times of major transitions. One of the best recent examples is the collapse of the state Socialism / Communism in 1989-91. The paper focuses on the direct and indirect impacts of the political transformation on urban planning and urban lifestyles in Central Eastern European and Central Eurasian cities. The Lefebvre's modes of production of urban space will be employ to interpret and construe the ongoing urban trends and exemplify everyday practices, representations and imaginaries of the contemporary post-socialist urbanism.

Daniela Zupan

Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar

The Reinvention of Urbanism as a Political Project – Urban Renewal in Contemporary Russia

While urbanism was central to the governing of Soviet society, the collapse of the Soviet Union was followed by what became widely known as the *laissez-faire* period of Russian urban development characterized by a strong state retreat. The last decade, however, has seen strong recentralization, rising authoritarianism, and comprehensive attempts by the federal authorities to re-establish urbanism as a central political project.

Against this background I explore if and how these trends manifest itself in housing. Housing in general, and Khrushchev's mass housing program in particular, formed an integral part of the post-Stalin social contract. It was widely perceived as a gift of the Soviet welfare state and served as a regime-sustaining mechanism. While housing remained in the spotlight of public discourse throughout the post-Soviet period, state interference was minimized during the 1990s and condemned as inhibiting the emergence of a housing market. Recent processes indicate a shift.

In 2017, Moscow Mayor Sergey Sobyenin and Russian President Vladimir Putin announced a new program to the public, the Moscow Housing Renovation program. The program foresees the demolition of several thousand residential buildings from the Soviet era, in particular the so-called Khrushchevki, which are to be replaced by new buildings. Shortly after the announcement of this program, attempts started to expand its scope to deal with the housing stock of the Soviet era all over the country. The latter resulted in a new bill being adopted in December 2020, which became known as the "all-Russian renovation". What are the main drivers behind these programs? What do they tell us about the reconfiguration of state-society-relations in contemporary Russia? And are we perhaps witnessing a reinvention of the Soviet-style governing through housing?

Marcell Hajdu

Graduierten-Kolleg Identität und Erbe, Bauhaus-Universität Weimar

National Capital: The Politics of Urban Heritage in Budapest After 2010

Hungary's current government came to power in 2010, when a coalition led by Viktor Orbán won a two-thirds constitutional majority in the country's general elections. As declared in a programmatic document issued shortly thereafter, this was to mark the beginning of a new political, social and economic era. The consequent developments that unfolded throughout the last decade were scrutinized by numerous commentators, as a foremost example within Europe for the recent global democratic regression and the rise of increasingly authoritarian nationalist regimes.

The two preceding decades following the country's transition from state-socialism to a capitalist liberal democracy were characterized by a political space polarized between two camps that took turns in power. During this period only a few symbolic projects were carried out in Budapest aiming at the representation of post-socialist Hungarian nationhood. This has fundamentally changed after 2010 and the capital underwent rapid transformation. The defining feature of this transformation is the prevalence of government-initiated large-scale urban development projects altering the city's most important symbolic spaces.

Urban heritage plays a central role in the government's populist national identity construction, however this is only one of several reasons for its prevalence. Tourism and construction being two of the most important economic sectors on which the country's economic policy relies, these developments play a fundamental role in the empowerment of a new loyal national economic elite as well. Such projects also serve as a vehicle for centralization efforts in governance and within other institutional structures. A thorough study of Budapest's recent development has to account for the entanglement of these factors

Katrin Lompscher

ehemalige Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin

Berliner Stadtplanung. Rückblick auf 30 Jahre Zusammenwachsen.

Berlin seit dem Mauerfall bis heute ist eine widersprüchliche Stadt und in dem Versuch bei sich zu bleiben und zu sich zu kommen voller Brüche. Die räumliche Planung versuchte der Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse gleichermaßen zu trotzen und entgegenzukommen. Privatisierungspolitik, Metropolenträume und Hauptstadtanspruch führten in der inneren Stadt zu einer überhitzten Planungs- und Entscheidungssituation. Die städtebauliche Debatte verlief zwischen rekonstruktiver Sehnsucht bis zur Konfrontation und behutsamem, dialogischen Stadtumbau.

Bereits im Sommer 1990 waren die Ergebnisse der Planungsgruppe Potsdam mit der Proklamation des Siedlungssterns auch als künftiges Raumentwicklungsmodell ein Meilenstein für die künftige regionale Einbindung der Stadt. Frühzeitig stellte die Stadtpolitik die Weichen für den Erhalt und die Ertüchtigung sowohl der innenstadtnahen Altbaugebiete als auch der Großsiedlungen aus der Nachkriegszeit im Ostteil der Stadt. Der Wohnungsnot sollte mit einem großen Neubauprogramm begegnet werden, für das grüne Vorstädte als Leitidee dienten. Mitte der 90er Jahre folgte dem ersten Metropolenrausch die finanzielle und wirtschaftliche Ernüchterung. Politische Turbulenzen um den Bankenskandal kulminierten 2001 im für die ehemalige Frontstadt unerhörten Wahlsieg von Rot-Rot. Neue Planungen und Projekte waren in der Phase der Stagnation und Konsolidierung nicht gefragt und auch nicht finanzierbar. Der in den 2010er Jahren einsetzende neuerliche Boom der Stadt war dementsprechend unzureichend planerisch vorbereitet und begleitet. Mit dem Regierungsantritt von Rot-Rot-Grün 2016 war der Anspruch verbunden, verlorene Zeit aufzuholen, Planungen zu aktualisieren und die Transformation voranzutreiben. Gemeinsam mit der in Berlin traditionell sehr agilen Zivilgesellschaft. Es ist mehr als ein Bonmot, dass es heute in der kapitalistischen Metropole Berlin mit dem siegreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ um die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne geht. Diese haben das Wesen der Stadt mehr verändert als jede Planung.

Daniela Spiegel

Hochschule Anhalt, Dessau/Bauhaus-Institut

Italiens Umgang mit dem faschistischen Erbe: eine Entwicklungsgeschichte

Während der elfjährigen Regierungszeit (1922-1943) des faschistischen Regimes wurden in Italien zahllose Bauprojekte verwirklicht. Das umfangreiche architektonische Erbe reicht von einzelnen Denkmälern über öffentliche Bauten bis hin zu tiefgreifenden urbanistischen Eingriffen wie die Umgestaltung von Platzanlagen, die Anlage neuer Stadtviertel und Wohnsiedlungen und sogar die Neuschaffung ganzer Städte. Nahezu keine Stadt blieb unberührt von den städtebaulichen Maßnahmen der Mussolini-Zeit. Somit ist Italiens Erbe des Faschismus allein durch die schiere Masse des Gebauten eigentlich omnipräsent, aber dennoch bleiben viele innerstädtische Maßnahmen nahezu unsichtbar, da sie städtebaulich und architektonisch differenziert in den Bestand implementiert wurden.

Heute werden die architektonischen Hinterlassenschaften des Faschismus im Allgemeinen als selbstverständlicher Teil der italienischen Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts akzeptiert und hoch geschätzt. Die innerstädtischen Stadtquartiere der Regimezeit mit ihren großzügigen Wohnungen und Grünanlagen sind überaus beliebt, eindrucksvolle Repräsentationsbauten wie der Palazzo della Civiltà Romana im ehemaligen Weltausstellungsgelände EUR werden als Ikonen der Moderne gefeiert, ohne dass der Entstehungskontext der Gebäude als Problem wahrgenommen oder gar thematisiert wird. Auseinandersetzungen gibt es nur (aber auch nicht immer) bei Fragen des Umgangs mit entfernten oder noch vorhandenem faschistischem Bauschmuck.

Der Vortrag versucht, Italiens besonderen, vielen unreflektiert erscheinenden Umgang mit dem Erbe der Diktatur zu deuten, indem ein genauere Blick auf dessen historische Entwicklung seit dem Ende des Faschismus geworfen wird, sowohl auf der theoretischen Rezeptionsebene als auch auf der Ebene des praktischen Umgangs.

Piero Sassi

Bauhaus-Universität Weimar

***Valle de los Caídos* in Spanien: Bau, Nutzung und Deutung einer gigantischen Hinterlassenschaft der Franco-Diktatur, 1939-2021**

Der kontroverse Umgang mit dem städtebaulichen Erbe der europäischen Diktaturen wurde in den letzten Jahren immer präsenter. Nicht nur in der Fachdebatte, sondern auch – und vor allem – in der politischen Auseinandersetzung, auf lokaler sowie auf nationaler Ebene. Nutzung und Deutung von Anlagen, die der persönlichen Erinnerung an die Diktatoren dienen, bilden heute ein aktuelles Thema in verschiedenen Regionen Europas. In Spanien verdeutlichte in den letzten Jahren die lebhafteste Diskussion um die Zukunft des *Valle de los Caídos* tiefgreifende Konflikte um die Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit.

Der *Monumento Nacional de Santa Cruz del Valle de los Caídos* (Nationaldenkmal des Heiligen Kreuzes im Tal der Gefallenen), im Volksmund *Valle de los Caídos* (Tal der Gefallenen), ist eine monumentale, im Berggebiet der Sierra de Guadarrama angesiedelte Kultstätte. Entworfen und angelegt wurde sie unter der Diktatur des Generalissimus Franco, zwischen 1940 und 1959, als Bestandteil jener Erinnerungslandschaft um die Hauptstadt Madrid, die den Triumph der Putschisten im Bürgerkrieg (1936-1939) hätte symbolisieren sollen. Nach dem Tod von Francisco Franco, der 1975 hier begraben wurde, und dem Übergang zur Demokratie entwickelte sich das Tal der Gefallenen zu einem Pilgerort für Nostalgiker der Diktatur. Erst 44 Jahre später, im Herbst 2019, schaffte die umstrittene Umbettung des Sarges des Diktators die Voraussetzungen für eine Umdeutung der Gedenkstätte.

Dieser Beitrag setzt sich mit Bau, Nutzung und Deutung des *Valle de los Caídos* unter den wechselnden gesellschaftspolitischen Verhältnissen auseinander. Von der Entstehung des Projektes, kurz nach dem Spanischen Bürgerkrieg, über den Bau während der ersten Phase der Diktatur bis hin zu der zeitgenössischen Debatte um den Umgang mit dieser gigantischen Hinterlassenschaft des Franquismus.

Florian Dierl

Leiter des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, Nürnberg

Nürnberg: Das Reichsparteitagsgelände im Wandel der europäischen Erinnerungskultur

Das ehemalige Reichsparteitagsgelände in Nürnberg bildet das größte erhaltene Ensemble nationalsozialistischer Staats- und Parteibauten in der Bundesrepublik Deutschland. Die unter der Leitung von Albert Speer zwischen 1933 und 1939 entstandene, allerdings nur zu einem geringen Teil fertiggestellte Anlage repräsentierte den Anspruch des NS-Regimes auf eine umfassende Neuordnung der deutschen Gesellschaft wie auch die Absicht, einen mythischen Mittelpunkt des künftigen Großdeutschen Reichs im Sinne einer „Tempelstadt der Bewegung“ zu definieren.

Im Umgang mit der Hinterlassenschaft des „Dritten Reichs“ durch die US-amerikanische Besatzungsmacht und die Stadt Nürnberg nach 1945 spiegeln sich die unterschiedlichen Konjunkturen der bundesdeutschen Vergangenheitsaufarbeitung wie auch die durchaus widersprüchlichen Versuche einer gesellschaftlichen Selbststabilisierung mit Hilfe städtebaulicher Konzepte. Die gegenwärtigen Diskussionen um Erhalt, Verfall oder kulturbezogene Intensivnutzung der noch vorhandenen NS-Bauten zeigen, dass der Prozess der gesellschaftlichen Selbstvergewisserung im Sinne eines gemeinsam geteilten Verständnisses von Erinnerungskultur nicht abgeschlossen ist.

Der Beitrag zeichnet exemplarisch verschiedene Stadien der Auseinandersetzung mit dem Gelände nach und untersucht, inwiefern das Areal – jenseits der vom NS-Regime geschaffenen Ikonographie – als Bezugsgegenstand eines transnationalen Erinnerungsdiskurses verstanden werden kann. Erkenntnisleitend ist hierbei die These, dass die „Zweite Geschichte“ des Reichsparteitagsgeländes ab 1945 für die Einordnung in einen europäischen Rahmen der Erinnerungskultur(en) aussagekräftiger ist als dessen zeitgenössische Funktion als Beispiel faschistischer Repräsentationsarchitektur.